

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 12. November 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Fristablauf: 12. 05. 95

31. 03. 95

Wi

**Gesetzentwurf
der Bundesregierung**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 12. November 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 77/95

Bonn, den 31. März 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. November 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Der Gesetzentwurf ist vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Dr. Helmut Kohl

Fristablauf: 12. 05. 95

Entwurf**Gesetz****zu dem Vertrag vom 12. November 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz
von Kapitalanlagen**

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Tallinn am 12. November 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll und dem Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll sowie der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie gleichzeitig das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Estland
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Saksamaa Liitvabariigi
ja
Eesti Vabariigi
vaheline investeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse
leping

Die Bundesrepublik Deutschland
 und
 die Republik Estland –

Saksamaa Liitvabariik
 ja
 Eesti Vabariik,

In dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

In dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

In der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
 eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

soovides süvendada majanduslikku koostööd mõlema riigi vahel,

püüdes luua soodsaid tingimusi kummagi riigi kodanike või juriidiliste isikute investeringutele teise riigi territooriumil,

tõdedes, et nende investeringutele on vajalikud soodustused ja lepinguline kaitse selleks, et elavdada majanduslikku erainitsiatiivi ja suurendada mõlema rahva heaolu,

leppisid kokku järgnevas:

Artikkel 1

Käesoleva lepingu tähenduses

1. Mõiste „investeringud“ hõlmab igat liiki varalisi väärtusi, isearanis
 - a) kinnis- ja valiasvara, samuti muid asjaõigusi nagu hüpoteek ja pandiõigusi;
 - b) osakuid ettevõtetes ja teisi ettevõttes osalemise liike;
 - c) õigusõue majanduslikku väärtust loonud rahale või sellist väärtust loonud tegevuste tulemustele;
 - d) õigusi intellektuaalsele omandile, isearanis autoriõigused, patendid, registreeritud leiutised, prototüübid, tehnilised kavandid ja mudelid, kaubamärgid, kaubanimetused, ettevõtte- ja ärisaladused, tehnilised meetodid, oskusteave ja ettevõtte ärväärtus;
 - e) avalik-õiguslikke kontsessioone, kaasaarvatud loodusvarade otsimis- ja kasutamiskontsessioonid.
 Varaliste väärtuste investeerimise vormi muutus ei muuda nende tähendust investeringuna;
2. Mõiste „tulud“ tähendab neid summasid, mis saadakse mingist investeringust teatud ajavahemikul, nagu kasumiosad, dividendid, intressid, litsentsi- või muud tasud;
3. Mõiste „kodanikud“ tähistab
 - a) Saksamaa Liitvabariigi suhtes: Saksamaa Liitvabariigi kodanikke vastavalt Saksamaa Liitvabariigi põhiseadusele,

- b) in bezug auf die Republik Estland:
Esten im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen der Republik Estland;

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

- b) in bezug auf die Republik Estland:

Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz in der Republik Estland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden.

- b) Eesti Vabariigi suhtes:

Eesti Vabariigi kodanikke vastavalt Eesti Vabariigi seadustele

4. Mõiste „juridilised isikud“ tähistab

- a) Saksamaa Liitvabariigi suhtes:

nii iga Saksamaa Liitvabariigis asuvat juridilist isikut kui ka muud vormi ühingut või ühendust, õiguspädeva isikuga või ilma, ükskõik kas tema tegevus taotleb kasumit või mitte.

- b) Eesti Vabariigi suhtes:

nii iga Eesti Vabariigis asuvat juridilist isikut kui ka muud vormi ühingut või ühendust, õiguspädeva isikuga või ilma, ükskõik kas tema tegevus taotleb kasumit või mitte.

Artikkel 2

(1) Kumbki lepingupool soodustab oma territooriumil võimalust mõnda teise lepingupoole kodanike või juridiliste isikute investeringuid ja lubab vastavalt oma seadusandlusele neid investeringuid teha. Kumbki lepingupool kohtleb investeringuid igal juhul õiguspäraselt ja õiglaselt.

(2) Üks lepingupool ei tohi mingil moel omavoliiste või diskrimineerivate meetmetega piirata teise lepingupoole kodanike või juridiliste isikute investeringute haldamist, käsutamist, kasutamist või tarvitamist oma territooriumil.

Artikkel 3

(1) Kumbki lepingupool kohtleb oma territooriumil teise lepingupoole kodanike või juridiliste isikute omanduses või mõjuvallas olevaid investeringuid mitte vähem soodsalt kui oma kodanike ja juridiliste isikute investeringuid või kolmandate riikide kodanike ja juridiliste isikute investeringuid.

(2) Kumbki lepingupool kohtleb oma territooriumil teise lepingupoole kodanikke või juridilisi isikuid nende investeringutega seonduvas tegevuses mitte vähem soodsalt kui oma riigi kodanikke ja juridilisi isikuid või kolmandate riikide kodanikke ja juridilisi isikuid.

(3) Eelnimetatud kohtlemine ei laiene eelisõigustele, mida üks lepingupool võimaldab kolmandate riikide kodanikele või juridilistele isikutele seoses nende kuulumisega mõnda tolli- või majandusliitu, ühisturgu või vabakaubandustsooni või nendega assotsieerumise tõttu.

(4) Samuti ei laiene eelnimetatud kohtlemine soodustustele, mida üks lepingupool annab kolmandate riikide kodanikele või juridilistele isikutele seoses topehtmaksustamist vältivate lepingutega või muu maksude küsimusi puudutava kokkuleppega.

Artikkel 4

(1) Ühe lepingupoole kodanike või juridiliste isikute investeringud on teise lepingupoole territooriumil täielikult kaitstud ja kindlustatud.

(2) Ühe lepingupoole kodanike või juridiliste isikute investeringuid teise lepingupoole territooriumil tohib võõrandada, natsionaliseerida või allutada oma toimele võõrandamise või natsionaliseerimisega võrreldavatele abinõudele ainult üldise heaolu huvides ja kompensatsioon eest. Kompensatsioon peab vastama võõrandatud investeeringu väärtusele, mis tal oli vahetult enne seda, kui tegelik või ähvardav võõrandamine, natsionaliseerimine või nendega võrreldav abinõu avalikult teatavaks sai. Kompensatsioon tuleb välja maksta ilma viivituse ja selle pealt tuleb kuni maksimaalse momendini tasuda intresse pangaprotsendi üldlevinud määra

und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragspartei bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesell-

schaften; kompensatsioon peab olema reaalset kasutatav ja vabalt ülekantav. Mitte hiljem, kui võõrandamise, natsionaliseerimise või nendega võrreldava abinõu hetkel tuleb sobival teel tagada kompensatsiooni suuruse viisi kindlaksmääramine. Võõrandamise, natsionaliseerimise või nendega võrreldava abinõu seaduslikkus ja kompensatsiooni suurus peavad olema kontrollitavad kompetentsetes kohtumenetluses.

(3) Kui ühe lepingupoolte kodanike või juriidiliste isikute investeeringud kannavad kahju teise lepingupoolte territooriumil sõja või muu sõjalise tegevuse, revolutsiooni, riikliku kriisilukorra või rahutuste tõttu, siis nende kahjude hüvitamisel või kompenseerimisel teine lepingupool ei kohtle neid investeeringuid mitte halvemini, kui oma riigi kodanike või juriidiliste isikute investeeringuid. Sellised maksed peavad olema vabalt ülekantavad.

(4) Käesolevas artiklis reguleeritavates küsimustes rakendab üks lepingupool teise poolte kodanike või juriidiliste isikute suhtes enamsoodustusrežiimi.

Artikkel 5

Kumbki lepingupool tagab teise lepingupoolte kodanikele või juriidilistele isikutele investeeringutega seotud maksete vaba ülekande, isearanis

- a) kapitali ja lisasummade ülekande investeeringu säilitamiseks või suurendamiseks;
- b) tulude ülekande;
- c) ülekanded laenuade kustutamiseks;
- d) investeeringu täielikust või osalisest likvideerimisest või müügist saadava summa ülekande;
- e) artiklis 4 ettenähtud kompensatsioonide ülekande.

Artikkel 6

Kui üks lepingupool maksab summasid oma kodanikele või juriidilistele isikutele investeeringu garantii alusel teise lepingupoolte territooriumil tehtud investeeringu eest, siis tunnustab see teine lepingupool, kahjustamata esimesena nimetatud lepingupoolte õigusi, mis lähtuvad artiklist 10, nende kodanike või juriidiliste isikute kõigi õiguste või nõudmiste ülekandmist esimesena nimetatud lepingupoolte seaduse või õigusliku tehingu alusel. Lisaks tunnustab teine lepingupool esimesena nimetatud lepingupoolte asumist kõikidesse nendes õigustesse või nõudmistesse (ülekantud nõudmistesse), mida on esimesena nimetatud lepingupool õigustatud kasutama samas ulatuses nagu tema õiguseallane. Maksete ülekandmisel ülekantud nõuete korral kehtivad vastavalt 4. artikli 2. ja 3. lõike ning 5. artiklile.

Artikkel 7

(1) Ülekanded 4. artikli 2. ja 3. lõike ning 5. või 6. artikli põhjal toimuvad ilma viivitusega ülekande hetkel kehtiva kursi järgi.

(2) See kurss peab vastama ristkursile (cross rate), mis tuleneb nendest ümberarvestuskursidest, mida Rahvusvaheline Valuutafond võtab aluseks vastavate vääringute ümberarvestamisel erarveldusõhikutesse (Special Drawing Rights – SDR) maksete mome-dil.

Artikkel 8

(1) Juhul kui ühe lepingupoolte seadusandlikest aktidest või rahvusvahelisest õigusest tulenevatest kohustustest, mis eksisteerivad lepingu osapoolte vahel lisaks käesolevale lepingule või teadvad tulevikus, tulenevad mingid üldised või erilised eeskirjad, mille järgi võimaldatakse teise lepingupoolte kodanike ja juriidiliste

schaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen

isikute investeringutele soodsam kohtlemine kui käesoleva lepingu järgi, siis kehtivad need eeskirjad käesoleva lepingu suhtes niivõrd, kuivõrd nad on soodsamad.

(2) Kumbki lepingupool täidab ka kõiki teisi kohustusi, mida ta on enda peale võtnud seoses teise lepingupoolse kodanike ja juriidiliste isikute investeringutega oma territooriumil.

Artikkel 9

Käesolev leping kehtib ka nende investeringute suhtes, mida ühe lepingupoolse kodanikud või juriidilised isikud on teinud vastavalt teise lepingupoolse seadustele viimase territooriumil enne käesoleva lepingu jõustumist.

Artikkel 10

(1) Lahkarvamused lepingu osapoolte vahel käesoleva lepingu tõlgendamises või rakendamises tuleb võimalust mööda lahendada lepingu osapoolte valitsuste vahel.

(2) Juhul kui lahkarvamust ei ole võimalik ülkirjeldatud viisil lahendada, siis tuleb see ühe lepingupoolse nõudmisel esitada vahekohtusse.

(3) Vahekohus moodustatakse igal üksikjuhtumil nii, et kumbki lepingupool määrab ühe liikme ja need mõlemad liikmed valivad vahekohtu eesistujaks mingi kolmanda riigi kodaniku, kelle kinnitavad kummagi lepingupoolse valitsused. Liikmed tuleb määrata kahe, vahekohtu eesistuja – kolme kuu jooksul pärast seda, kui üks lepingupool on teisele teatanud, et ta tahab esitada lahkarvamuse vahekohtusse.

(4) Juhul kui 3. lõikes nimetatud tähtaegadest ei peeta kinni, võib kumbki lepingupool muu kokkuleppe puudumisel paluda Rahvusvahelise Kohtu presidenti teha vajalikud määramised. Juhul, kui president on ühe lepingupoolse kodanik või teda takistavad muud põhjused, peab määramised tegema asepresident. Juhul, kui ka asepresidentil on ühe lepingupoolse kodakondsus või ka teda takistavad muud põhjused, peab määramised teostama ametiastmelt järgmine Kohtu liige, kellel ei ole kummagi lepingupoolse kodakondsust.

(5) Vahekohus teeb otsused hääletenamusega. Tema otsused on kohustuslikud. Kumbki lepingupool kannab oma liikme kulud ning samuti oma esindajate kulud kohtuprotsessi käigus; vahekohtu eesistuja kulud ning muud kulud jagatakse võrdselt lepingupoolte vahel. Vahekohus võib teha ka muu otsuse kulude kandmise osas. Muus osas määrab vahekohus asja käsitlemise protseduuri ise.

(6) Kui mõlemad lepingupooled on Riikide ja Teiste Riikide Kodanike Vaheliste Investeringuid Puudutavate Valduste Lahendamise 18. märtsi 1965.a. Konventsiooni liikmed, siis võib Konventsiooni 27. artikli 1. lõiku järgides eelpool ette nähtud vahekohut mitte kokku kutsuda juhul, kui mõlema lepingupoolse kodanike või juriidiliste isikute vahel on saavutatud kokkuleppe Konventsiooni 25. artikli kohaselt. See ei välista võimalust eelpool ettenähtud vahekohut kokku kutsuda siis, kui nimetatud Konventsiooni vahekohtu otsust ei täideta (28. artikkel), või kui see on vajalik õiguste ülekandmise korral või õigusliku tehingu korral vastavalt käesoleva lepingu 6. artiklile.

Artikkel 11

(1) Investeringuid puudutavad lahkarvamused ühe lepingupoolse ja teise lepingupoolse kodanike või juriidiliste isikute vahel

gen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 10 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 10 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 10 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragspartei diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Tallinn am 12. November 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi poolt
v. Wistinghausen

Für die Republik Estland
Eesti Vabariigi poolt
Trivimi Velliste

tuleb niipalju kui võimalik lahendada vaidlevate poolte vahel leplikult.

(2) Kui üks vaidlevatest pooltest pole kuue kuu jooksul pärast lahkarvamuse teatavakstegemist selle kõrvaldamise ettepanekuga nõustunud, siis esitatakse lahkarvamus teise lepingupoolle kodaniku või juriidilise isiku nõudmisel vahekohtule lahendamiseks. Kui vaidlevad osapooled ei leia muud kokkulepet, tuleb rakendada 10. artikli lõigete 3 kuni 5 sätteid selliselt, et vahekohtu liikmete määramine vaidlevate osapoolte poolt toimub 10. artikli 3. lõike järgi ja et juhul, kui ei peeta kinni 10. artikli 3. lõikes nimetatud tähtaegadest, võib kumbki vaidlev pool teiste kokkulepete puudumisel paluda Pariisis asuva Rahvusvahelise Kaubanduskoja Arbitraažikohtu presidenti teha vajalikud määramised. Vahekohtu otsus viiakse täide siseriikliku õiguskorra järgi.

(3) Vaidluses osalev lepingupool ei tohi esitada kohtuprotsessi või vahekohtu otsuse täideviimise käigus vastuväidet, et teise lepingupoolle kodanik või juriidiline isik on saanud kindlustusasutusest kahju eest osalist või täielikku kompensatsiooni.

(4) Juhul kui mõlemad lepingupooled on Riikide ja Teiste Riikide Kodanike Vaheliste Investeeringuid Puudutavate Vaidluste Lahendamise 18. märtsi 1965.a. Konventsiooni liikmed, esitatakse selles punktis mainitud lahkarvumused vaidlevate osapoolte vahel vahekohtusse ülainimetatud Konventsiooni kohaselt, kui vaidlevad osapooled ei jõua muule kokkuleppele; kumbki lepingupool kinnitab seejuures oma nõusolekut sellise menetlusega.

Artikkel 12

Käesolev leping kehtib sõltumata diplomaatiliste või konsulaarsuhete olemasolust lepingupoolte vahel.

Artikkel 13

(1) Käesolev leping tuleb ratifitseerida.

(2) Käesolev leping jõustub üks kuu pärast vastavate kirjalike teadete vahetamist. Leping on jõus 10 aastat; selle aja möödudes pikeneb lepingu kehtivus määramata ajaks, juhul kui üks lepingupool ei ole kaksteist kuud enne tähtaja lõppemist lepingut kirjalikult üles öelnud. Kümne aasta möödudes saab lepingut igal ajal lõpetada, sellest kaksteist kuud ette teatades.

(3) Investeeringutele, mis on tehtud enne käesoleva lepingu lõppemist, kehtivad artiklid 1 kuni 12 edasi veel kakskümmend aastat, alates lepingu kehtetuks muutmise päevast.

Koostatud Tallinnas, 12. novembril 1992.a. kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdse jõuga.

Protokoll

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die Einschränkung des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Saksamaa Liitvabariigi ja Eesti Vabariigi vahelise investeeeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse lepingu allakirjutamisel on selleks volitatud isikud täiendavalt kokku leppinud järgmistes määratlustes, mis kehtivad käesoleva lepingu koostisosana:

(1) Artikkel 1 juurde

- a) Investeeringust saadud tulud ja nende tulude taasinvesteeringu puhul neist omakorda saadud tulud on samamoodi kaitsitud nagu investeering ise.
- b) Eiramata teisi kodakondsuse kindlaksmääramise viise, loetakse ühe lepingupoolse kodanikuks iga isikut, kellele on vastava lepingupoolse kompetentse asutuse poolt välja antud kodaniku pass.

(2) Artikkel 2 juurde

- a) Investeeringud, mis on tehtud ühe lepingupoolse kodanike või juriidiliste isikute poolt teise lepingupoolse territooriumil kooskõlas tema õiguskorraga, on kaitsitud lepingu täie ulatusega.
- b) Leping kehtib ka majandusvööndi ja mandrilava aladel niivõrd, kuivõrd vastava lepingupoolse rahvusvaheline õigus lubab kasutada iseseisvaid õigusi või jurisdiktsiooni nendel aladel.

(3) Artikkel 3 juurde

- a) 3. artikli 2. lõikes tähendab „tegevus“ eeskätt, aga mitte ainult, investeeringu haldamist, rakendamist, tarvitamist ja kasutamist. „Vähem soodsas“ kohtlemise all mõistetakse 3. artiklis eeskätt: iga liiki tooraine ja abimaterjalide, energia ja kütuse ning tootmis- ja töövahendite hankimise piiramist, toodangu turustamise takistamist sisemaal ja ekspordi takistamist ning muid samase toimega meetmeid. Meetmeid, mida tuleb tarvitusele võtta ühiskondliku korra ja julgeoleku, rahva tervishoiu või moraali tagamiseks, ei mõisteta 3. artikli tähenduses „vähem soodsatena“.
- b) 3. artikli sätteid ei kohusta üht lepingupoolt laiendama teise lepingupoolse territooriumil asuvatele füüsilistele ja juriidilistele isikutele maksusoodustusi, maksudest vabastamist ja muid soodustusi, mida maksuseaduste kohaselt võimaldatakse ainult tema enda territooriumil asuvatele füüsilistele isikutele ja juriidilistele isikutele.
- c) Lepingupooled, järgides oma riigi seadusandlust, käsitlevad soosivalt ühe lepingupoolse isikute taotlusi viisade ja elamisloobade saamiseks, kes soovivad sõita teise lepingupoolse territooriumile seoses investeeringuga; sama kehtib ka ühe lepingupoolse töövõtjate suhtes, kes seoses investeeringuga soovivad sõita teise lepingupoolse territooriumile ja seal viibida töötamise eesmärgil. Tööloobade taotlusi käsitletakse samuti soosivalt.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen: Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Geschehen zu Tallinn am 12. November 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und estnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) Artikkel 4 juurde

Kompensatsiooni on õigus nõuda ka siis, kui riiklike meetmetega takistatakse investeeringu objektiks oleva ettevõtte tegevust, mistõttu selle majanduslikku seisukorda oluliselt kahjustatakse.

(5) Artikkel 7 juurde

„Ilma viivitamata“ ülekande tegemine 7. artikli 1. lõikes tähendab ülekannet, mis sooritatakse ülekande tavapärasteks formaalsusteks vajaliku tähtaja jooksul. Tähtaeg algab vastava avalduse sissemõeldmise hetkest ja ei tohi mingil juhul ületada kahte kuud.

(6) Üks lepingupool ei keela ega takista teise lepingupoole transportifirmasid teostamast investeringuga seonduvat kaupade ja inimeste transporti ning annab vajadusel välja vastava loa. Selle transporti alla kuuluvad:

- a) kaubad, mis on otseselt ette nähtud investeringuks käesoleva lepingu tähenduses või mida hangitakse ühe ettevõtte poolt või mingi ettevõtte tellimusel ühe lepingupoole või kolmanda maa territooriumil ja mis kujutavad endast varalisi väärtusi käesoleva lepingu tähenduses;
- b) inimesed, kelle reisirid on seotud investeringuga.

Koostatud Tallinnas, 12. novembri 1992.a. kahes originaalis, kumbki saksa ja eesti keeles, kusjuures mõlemad tekstid on võrdselt jõuga.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksamaa Liitvabariigi poolt
v. Wistinghausen

Für die Republik Estland
Eesti Vabariigi poolt
Trivimi Velliste

Ministre
des Affaires Étrangères

Tallinnas, 12. 11. 1992.a.

(Inoffizielle Übersetzung)

Tallinn, den 12. November 1992

Tele Ekstsellents,

Eesti Vabariigi ja Saksamaa Liitvabariigi vahelise investeeeringute soodustamise ja vastastikuse kaitse lepingu allakirjutamise puhul on mul au teatada järgmist:

Eesti Vabariigi Valitsus võttes teadmiseks, et Saksamaa Liitvabariigi pädevad organid on valmis juba enne käesoleva lepingu jõustumist soodustama Saksa investeeerijate investeeeringuid Eestisse, rakendab ajutiselt lepingut selle allakirjutamise päevast alates. See selgitus antakse ootuses, et Saksamaa Liitvabariigi Valitsus on valmis enda peale võtma Eestisse teostatavate investeeeringute garanteerimise juba enne lepingu jõustumist.

Võtke vastu, Ekstsellents, minu kõige suurema lugupidamise väljendus.

Saksamaa Liitvabariigi Suursaatkond
Suursaadik
Tallinn

Exzellenz,

Aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Republik Estland und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Estland wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Estland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Estland schon vor dem Inkrafttreten des Vertrages erwägt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

An den
Botschafter der
Bundesrepublik Deutschland
Tallinn

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Der deutsch-estnische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag dient dem Ziel, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken, indem er günstige Bedingungen für Kapitalanlagen schafft.

Die Förderung und der Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen sind nach Auffassung beider Seiten zudem geeignet, die Wirtschaftsreform in Estland zu unterstützen. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hat Estland die Grundlage für ausländische Kapitalanlagen geschaffen. Der völkerrechtliche Vertrag gewährt den Kapitalanlagen darüber hinausgehend einen umfassenden und dauerhaften Rechtsschutz. Dadurch können deutsche Investitionen in Estland zusätzlich stimuliert werden.

Der Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der deutsch-estnische Investitionsförderungs- und -schutzvertrag entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage der entsprechenden Verträge mit anderen osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Polen, CSFR) und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion (Usbekistan, Ukraine, Weißrußland) war.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag enthält 13 Artikel; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Einbezogen werden alle Arten von Vermögenswerten, die von Investoren aus dem anderen Vertragsstaat angelegt werden, sowie die Erträge hieraus. In den Anwendungsbereich des Vertrags fallen neben deutschen und estnischen Staatsangehörigen alle juristischen Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften, Vereinigungen oder Organisationen, die ihren Sitz in Deutschland oder in Estland haben.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgenommen worden sind, den vollen Schutz des Vertrags.

Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3

Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung gewährleistet den Enteignungsschutz sowie Entschädigung und ein ordentliches Rechtsverfahren bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen sowie von Darlehensrückzahlungen und Entschädigungen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Nach Protokollnummer 5 darf dabei eine Frist von zwei Monaten nicht überschritten werden.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen diesem Vertrag vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungs-

frist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Neben den bereits erwähnten Erläuterungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Notenwechsel

Mit dem Notenwechsel vom 12. November 1993 erklärt die Republik Estland die vorläufige Anwendung des Vertrags vom Tage der Unterzeichnung an. Diese Erklärung wird mit dem Ziel abgegeben, daß die Bundesregierung bereits vor Inkrafttreten des Vertrags Garantien für Kapitalanlagen in Estland übernehmen kann.

12.05.95

Stellungnahme

des Bundesrates

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. November 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Der Bundesrat hat in seiner 684. Sitzung am 12. Mai 1995 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.